

Sozial-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Sozial-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag samstags, bei monatlicher Belegpreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Belegpreis 1.40 Hellert, durch die Post 1.60 Hellert und 24 Colopfennig Beleggebühr. Gehalt der Anzeigen-Rubrik: zehn Mark wöchentlich.

Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Zellen berechnet, die Zeile 0.21 Hellert. Verlagsbüro: Hans Drommler 1a am O. Deubowstraße 17. Fernsprecher: Central-Nummer 7431. Druck-Fabrik: „Coöperativ-Verlag“, Dannebergweg, Bismarck-Kolonne, Halle a. S. Polster-Kontor: Leipzig Nr. 22813. Verlagsort: Halle a. S.

Gewogen und zu leicht befunden.

Von Dr. Gremer, M. d. R.
Das Ergebnis der letzten Reichstagswahl stellte die Deutschnationale Partei nicht ihren Anhänger (Landbund, Nationalliberale Vereinigung) vor die Notwendigkeit, verantwortlich zu den Lebensfragen des deutschen Volkes Stellung zu nehmen. Die Deutschnationale Partei, als Mitträgerin einer künftigen Reichsregierung, mußte sich und der Welt klipp und klar Antwort über ihre praktischen Absichten geben, um auch außerhalb ihrer Reihen Klärung zu schaffen und Vertrauen zu gewinnen. Weit im Vordergrund steht dabei die Frage der deutschen Außenpolitik nach der Abschneidung oder Annahme des internationalen Sachverständigengutachtens, gleichbedeutend mit der Fortsetzung oder der Umkehrung der Außenpolitik des Kabinetts Marx-Stresemann.

Auf diese Frage hat die Deutschnationale Partei keine klare Antwort geben können oder wollen. Und daran sind alle ernstlichen Bemühungen gescheitert, dem Wunsche einer Beteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung zu genügen. Alle Versuche, den ernsten Willen der Mittelparteien zur Einbeziehung der Deutschnationalen in eine positive Arbeitsschicht zu betreiben, sind Verlegenheitsausreden, geboren aus dem sehr berechtigten Gefühl, daß ein großer Teil der am 4. Mai gewählten Wähler es nicht verstehen werde, wenn man in der gegenwärtigen Notlage mit der deutschen Wirtschaft, insbesondere im besetzten Rhein- und Ruhrgebiet, sich lediglich „à la banque“ spielt.

Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hergt hat ohne Zweifel besser als seine Fraktion und Partei die Notwendigkeit erkannt, nach errungener Wahlerfolg durch die Anerkennung des Sachverständigengutachtens sich regierungsfähig zu machen. Nach einem schüchternen Anlauf ist er von der gesamten Presse seiner Partei im Stich gelassen worden. Die unter deren geistiger Hörigkeit stehenden Vertreter aus dem Lande haben dann durchgehend, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion am 30. Mai die Verhandlungstür brüst hinter sich zuzüglich und anstelle des Staatsmannes Dr. Hergt der starke Mann aus Sinterpommern den Ton angab.

Die künftlich von der leicht zufriedenen deutschnationalen Presse für ihre gläubigen Leser in die Höhe gelobte Mittelmäßigkeit hatte das Wort, die Phrasen des Wahlkampfes wurden aufgewärmt, die Hege gegen den außenpolitischen Führer des deutschen Volkes, Dr. Stresemann, trat an die Stelle jeder nächstern Überlegung. Unter solchen Umständen wurde jede weitere Verhandlung verlorene Liebesmüh, zumal die nicht bevorstehende Regierungsbildung in Frankreich eine weitere Hinauszögerung der deutschen Regierungskrise unmöglich machte.

Neben Dr. Stresemann ist während der notwendigen Krise keine zweite staatsmännliche Persönlichkeit sichtbar geworden, welche unter Verbechtelung der von ihm eingeschlagenen außenpolitischen Linie eine ebenso große Bürgschaft des Erfolges hätte bieten können. Schon diese Erkenntnis hätte die Deutschnationalen abhalten müssen, jene Entfernung aus dem Außenministerium gewissermaßen als Siegespreis zu fordern. Aber das Festhalten an dieser Forderung, ihren Führer preiszugeben, an eine beschränkte, für seine Regierung entbehrliche Partei zeigt einen so bedauerlichen Mangel auch an innerpolitischen Matuschalen, daß man auch für eine künftige Regierungsbildung, bei welcher innenpolitische Gesichtspunkte eine stärkere Rolle spielen werden, gegenüber der deutschnationalen Einstellung die schwersten Sorgen nicht unterdrücken kann.

Hinter der vorläufigen Lösung der Reparationsfrage erheben sich die schwierigen Probleme der innenpolitischen Neuordnung, der künftigen Wirtschaft, Handels-, Agrar- und Sozialpolitik, der Neuregelung des Steuerwesens und des Verhältnisses der Reichs- und Staatsfinanzen. Die Mittel-

25 Millionen Dollar amerikanischer Kredit für die deutsche Golddiskontbank.

New-York, 12. Juni (Eigene Redaktionen). Die Verhandlungen betreffend die Gewährung eines Kredites von 25 Millionen Dollars an die Deutsche Golddiskontbank sind abgeschlossen. An dem Abschluß ist ein Syndikat interessiert, das 34 Banken in den Wirtschaftszentren der Vereinigten Staaten umfaßt. In Finanzkreisen wird darauf hingewiesen, daß die Erweiterung des ursprünglichen, vor sechs Wochen abgeschlossenen Fünf-millionenkredites zum Teil auf die Verzögerung der Ausgabe einer internationalen Anleihe für Deutschland zurückzuführen sei.

Günstige Anleiheausichten.

Washington, 12. Juni. (Eigene Transmittionen.) Wallerands Rücktritt wird hier als ein günstiger Umstand für die Besserung der deutsch-französischen Beziehungen betrachtet. Die bevorstehenden Verhandlungen bezüglich der Erneuerung der Weimarerträge werden eine Probe sein und diese Auffassung bestätigen.

Täglich wächst die Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten ohne die europäischen Märkte nicht abgeben können. So wird A. S. darauf hinweisen, daß die Vereinigten Staaten im Ausland jährlich für eine Million Dollars Anleihepläne suchen müßten, da diese Gelder sonst profitlos hieße würden. Eine verlässliche europäische Stabilität sei jedoch nicht denkbar ohne eine langfristige Kreditgewährung.

Der Kultusminister an das Weltgewissen

Die Schulnot im besetzten Gebiet.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat der Reichsregierung eine Denkschrift über die Schulnot im besetzten Gebiet vorgelegt. Der „Weltgewissen“ preussische Professorenbildung gibt daraus die folgenden Einzelheiten wieder:

„Unter der Besetzung hat in ganz besonderem Maße das Schulwesen gelitten, vor allem dadurch, daß zahlreiche Schulen durch die Besatzungsbehörden oder -truppen beschlagnahmt wurden. Der Statistik zufolge wurden 215 Schulkgebäude ganz und 65 Schulkgebäude teilweise beschlagnahmt; die Zahl der beschlagnahmten Schulräume beträgt über 3200; mehr als 79 000 Kinder erhielten unzureichenden Unterricht. In diesen Zahlen fehlen die Anwesen des Regierungsbezirks Koblenz, aus dem wegen der separatistischen Wirren keine Berichte einliefen.

Vielzahl mußten Gebäude mit zwei oder gar drei Schulen belegt, in anderen Fällen mußten die Schulen auf weit auseinanderliegende Gebäude verteilt werden. Selbst in Wirtschaftskreisen oder Garaden wurden Klassen untergebracht. Einzelne Unterrichtsfächer mußten ganz ausfallen, andere stark eingeschränkt werden. Die Stadt Effen wurde gezwungen, zwölf Klassen verlassener Schulen herzugeben, damit für die Kinder von zweitausend französischen Familien eine französische Schule eingerichtet werden konnte.

Daß diese Verhältnisse auch auf die sittliche Erziehung der Jugend verhängnisvoll einwirken müssen, ist leicht ersichtlich. Es fehlt bei der Überfüllung der Klassen an der Aufsicht einer erzieherischen Aufsicht. Zahlreiche Gefahren drohen den Knaben und Mädchen, die in früher Morgenstunden zur Schule gehen

und oft in großer Dunkelheit nach Hause kommen. In manchen Orten sind die Straßen nicht mehr als beleuchtete Wege überfallen worden.

Es darf nicht übersehen werden, daß auch den Eltern aus den Folgen der Beschlagnahme erhebliche Schwierigkeiten erwachsen. Die Hauswirtschaft leidet stark unter den Unregelmäßigkeiten; es entstehen höhere Ausgaben für Heizung und Beleuchtung sowie für Straßenbahnbenutzung bei weitem Schulwegen. Aus vielen Städten des besetzten und französischen Gebietes wird von manchem dem Arbeitserwerb der Jungen, von zunehmender Noth und schlechtem Gesundheitszustand berichtet. Die geistige Reife hat zu leiden, daß die bisherigen Abiturienten kaum mehr sind als stragebiliturienten. Hinzu kommen die seelischen Einwirkungen der Ausweicungen. Es entsteht unter den Schülern und Schülerinnen starke Erregung, wenn sie mit ansehen müssen, wie Lehrer und Schüler von den Besatzungsbehörden ausgenutzt werden. Ferner ist die Vermaltung und Beaufsichtigung der Schulen durch Beschlagnahme der Dienstgebäude, Ausweicungen von Schulaufsichtsbearbeitern, Erziehung der Dienstkräfte usw. viel zu beklagen, ja zum Teil unmöglich gemacht worden.

Aus allem erweist sich, daß zahllose Schüler und Schülerinnen des besetzten und des Einbruchgebietes in ihrer körperlichen, geistigen und sittlichen Entwicklung zurückgelassen erfahren, die nicht wieder auszumachen sind.

Am Schluß der Denkschrift appelliert der Minister an das Weltgewissen, nicht schloß lassen vorüberzugehen, daß unzahlbare Kinder einstmals blühender Provinzen nicht wieder auszumachende Schädigungen erfahren.

partei, und insbesondere die Deutsche Volkspartei, können niemals darauf verzichten, in diesen lebenswichtigen Fragen die besonderen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, welche sich aus ihrer Gesichts, ihrem Programm, der Einstellung ihrer Wählererschaft ergeben, und welche sich keineswegs mit den ausgesprochenen und unausgesprochenen Absichten der Deutschnationalen decken. Sie sind keineswegs gewillt, den Deutschnationalen die Polizei und die innere Verwaltung der besetzten Länder auszuantworten, und sich mit der Rolle zu begnügen, die sie im vorkriegsrevolutionären Preußen spielen durften, so konföderative Junker und Bürokraten ziemlich allmächtig waren.

Gibt man im deutschnationalen Lager, daß eine Arbeit in innenpolitischer Zusammenarbeit mit den übrigen bürgerlichen Parteien damit beginnen könne, daß man diese vor die Forderung stellt, ihren Führer preiszugeben, oder sich von den Deutschnationalen diktieren zu lassen, wenn sie als Minister in ein deutsches oder preussisches

Kabinetten entstehen dürfen? Wenn man es nicht glaubt, dann war das Verlangen nach dem Haupte Dr. Stresemann auch innenpolitisch eine unerträgliche Zumutung, und verriet einen Machtbünstel, der mit den wirtschaftlichen Machtverhältnissen nicht im Einklang steht. Wenn es aber in der Tat Leute oder gar eine Mehrheit bei den Deutschnationalen gibt, die an eine solche Möglichkeit glauben, so müßte es die dringende Aufgabe der deutschnationalen Führung sein, das nötige Wasser in diesen Wein zu gießen, wenn anders eine weitere moralische Niederlage nach Art derjenigen vom 6. Juni vermieden werden soll.

Eine politische Arbeitsgemeinschaft, eine Koalition läßt sich nur auf der Grundlage gleicher Gleichberechtigung herstellen, und darf von keiner Partei, die sich beteiligen soll, Opfer verlangen, die untragbar sind. Eine solche Koalition liegt aber auch nach der innenpolitischen Seite der Verbindung über ein Programm voraus, das für alle Beteiligten vertretbar ist. Die deutsch-

ationale Führung wird gut tun, dies ihren Anhängern rechtzeitig begründlich zu machen, damit sie nicht auch innenpolitisch regierungsunfähig ist, wenn nach dem Wschluß der außenpolitischen Verhandlungen die Stunde für eine Kabinettbildung der inneren Konjunkturbildung schlägt.

Am 6. Juni sind die außenpolitischen Aspirationen der Deutschnationalen Partei lässlich gescheitert. Nur die Amokläufer der kommunistischen und nationalsozialistischen Speerführer sah sie auf ihrer Seite. Sie warb gewonnen und zu leicht besunden. Nach ist es nicht zu spät, Verläumtungen gut zu machen und künftige Entwidlungen verständnisvoll vorzubereiten. Aber die Stunde drängt, sich zu entscheiden, ob die vom Reichstag mit Recht zunächst verlassene, dann bemitleidete Durchführbarkeit eines Schlangenscheidens Trumpf bleiben oder vorausschauende, vom Staats- und Verantwortungsbewußtsein getragene Politik von der heute zahlenmäßig stärksten Partei des deutschen Bürgerrechts gemacht werden soll.

Erregte Stimmung der Eisenbahner.

Seute diese in Berlin die Entscheidung fallen, ob die rund 400 000 Eisenbahner den Kampf gegen die Reichsbahnverwaltung aufnehmen oder nicht.

Die Stimmung unter den Eisenbahner ist sehr erregt. Die Beunruhigung hat ihren Hauptgrund in den unklaren Verhältnissen nach der Einmündigkeit über die geistliche Wahrung der Reichsbahn bei Verwirklichung des Sachverständigenplanes. Vor allen Dingen muß damit gerechnet werden, daß noch eine ganze Reihe Beamter und Arbeiter zur Entlassung kommen werden.

Über den weiteren Gang der Verhandlungen wird uns aus Berlin abgedruckt:

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes nahm zu dem Vorschlag des Reichsverkehrsministeriums für die Eisenbahner in einer Entschuldigungs Erklärung, in der das Verhandlungsangebot vom 4. Juni infolge der Annullität abgelehnt wird. Den Eisenbahner sei damit der Kampf um die Erhaltung ihrer Erziehung aufgegeben worden. Zur Vermeidung eines Kampfes macht die Entschuldigungs Erklärung, der sich sowohl auf die Beibringung als auch auf die Arbeitszeit der Eisenbahner bezieht. Zur Frage der Beamtenbesetzung erklärt die Konferenz, daß die Hofdienstverhältnisse vom 22. Mai wegen ihrer äußerlich unvollständigen Wirkung entfallen zu verwerfen sei. Reichsregierung und Parlament werden aufgefordert, die Besetzung der Eisenbahner einer Nachprüfung zu unterziehen mit dem Ziel, die Gehälter der aerinheitsbedingten Beamtengruppe ausreichend zu erhöhen.

Seute werden die drei Eisenbahnerverbände der Eisenbahner aufzukommen, um ihre Forderungen auf ein einheitliches Forum zu bringen. Es ist anzunehmen, daß eine erneute Besprechung zwischen der Regierung und den Eisenbahnervertretern stattfinden wird.

Neues Einkommengesetz.

Nach einem Berliner Blatte soll die den kommenden neuen Verordnungen des Reiches angepaßte Einkommenssteuerformulare dem Reichstag möglichst bald vorgelegt und nach der Ferien, auf jeden Fall aber bis zum Herbst durchgebracht werden.

Mit einer wesentlichen Reform der bestehenden Tariffrage ist bestimmt zu rechnen. Die Abgrenzung der Einkommen wird in ihrer letzten Form beibehalten. Daselbst gilt auch für das vielmehrstrittene Prinzip der unebenen abendständigen Gegenwartsbelleueruna. Gegenüber den Wünschen nach Wiedereinführung der Veranlagungsbeiträge glauben die ausländischen Stellen nicht auf die Vorfallsabänderungen verzichten zu können.

Es werden demnach alle alten Steuerwiderrückstellungen bestehen bleiben und vermutlich noch vielerlei Bestimmungen hinzukommen, von denen der Steuerzahler sagen wird: sie gefallen ihm nicht.

Antrag auf Ausschluß Eberts.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Im preussischen Landtage trat gestern der sozialdemokratische Parteitag unter sehr harten Bedingungen in einem Reichstagsabgeordneter Sitzung erörtert in einer Anrede vor allem die Bedeutung der Nürnberger Einigung, die auch die Reparationsfrage günstig beeinflussen habe. (Ra, wer das glaubt) Die Reparation

müsse sich beschränken auf Wiederherstellung der zerstörten Gebiete. Mit der Annahme des Sachverständigenberichts würden auch die Sozialisten in Deutschland haben unter dem Führer ...

[Spruch in dem Tagesordnungsvorlauf des Secretariats auch nicht enthalten ist, noch in jeder oder der nächsten Session behandelt werden soll. Der Rat beschloß auf Vortrag des Berichterstatters für die Saarregion, des italienischen Gesandten Salandra, die Note erst auf der nächsten Tagung zu besprechen.]

Man will also die unbenutzte Saargebiet auf die lange Bank schieben. Salandra erklärte, daß vorher noch die Finanzkommission des Saargebietes angehört werden müsse. Von der weiteren Erörterung der lokalen Grenzbarmerie im Saargebiet nahm der Rat mit Befriedigung Kenntnis.

Schlagwetterkatastrophe in Schlesien
Gottesbera, 12. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) In der vorigen Abteilung des Camonschichtes in Gottesbera ereignete sich gestern Abend eine Schlagwetterexplosion. Von dem einachsoffenen Bergwerke konnte eine Anzahl noch lebend zu Tage gefördert werden, während gleichzeitig vier Leiden georgern wurden. Am Mittwoch befand sich noch mehrere Bergleute an der Unfallstelle, die anscheinend auch verloren sind. Wie das „Neue Tageblatt“ in Waldenburg hierzu noch erzählend mitteilt, sind die übrigen drei Vermissten tot und dürften heute geborgen werden. 5 Todesopfer sind aus Gottesbera, einer aus Mittelsia und einer aus Wernersdorf.

Wer wird Präsident?

Paris, 12. Juni. (Eig. Drahtmeldung.) Die heutige Sitzung der Linkspartei zur Wahl des Kandidaten für die Präsidentschaft ist auf 2 Uhr festgesetzt. Die gemäßigten Elemente der Linkspartei haben in letzter Stunde die Teilnahme an dem Kongreß abgelehnt. Damit haben die Auswärtigen des Kandidaten der Linkspartei, beim ersten Wahlgang gemäßigt zu werden, aber abgenommen, da sich nur 474 Abgeordnete am heutigen Kongreß der Linkspartei beteiligen werden und die absolute Mehrheit bei der Präsidentschaftswahl mindestens 450 Stimmen betragen müßte. Der Senatspräsident Doumergue hat bekanntgegeben, daß er seine Kandidatur offiziell nicht aufstellen gedenke. Poincaré wird keinesfalls kandidieren.

Italien — die neue Weltmacht.

Das Werk Mussolinis.
Von unserem römischen Korrespondenten.

Rom, Anfang Juni.
Italien kann nicht verstanden werden, wenn man nicht weiß, daß es nicht die ungeschorene Geißel laufen, von dem Ereignissen überstrahlt zu werden. ...

Man will also die unbenutzte Saargebiet auf die lange Bank schieben. Salandra erklärte, daß vorher noch die Finanzkommission des Saargebietes angehört werden müsse. ...

Neue Ausbrüche des Vesuvius.

Rom, 12. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Neapel wird gemeldet, daß sich auf dem Vesuvius 2 neue Ausbrüche ereignet haben, so daß jetzt die Lava gleichzeitig aus 3 Schloten herabströmt. Am Anfälle zu berichten, hat die Leitung der Seismologie eine Warnung an die Bevölkerung erteilt und seit gestern Nacht verhindert Carabinerie den Ausfluss zum Strater.

Streifenverhaftung in London.

Die Streifenläufer der Londoner Internationalen haben sich gestern wieder verhaftet. Eine Wasseruntersuchung der Londoner Elektrizitätsarbeiter hat bestanden, wenn die heute stattfindenden Verhandlungen zwischen den Elektrizitätsarbeitern und der Internationalen ergebnislos verlaufen, heute Nacht die Elektrizitätswerke stillzuliegen.

Die Bestimmung des Kandidaten der linksliberalen Parteien für die Wahl zur Präsidentschaft der Republik hat einige Schwierigkeiten bereitet, da das Kartell der Linken die Kandidatur Poincaré erhob, während die Mehrheit der Mitglieder der radikalen Senatsfraktion für eine Kandidatur Doumergues eintrat. Senatspräsident Doumergue hat nach dem Diktandum nicht heute der vorbereitenden Versammlung nicht beizutreten und daß er infolgedessen doch nicht Kandidat sei. Mit seiner Kandidatur im nächsten Wahlgang sei aber zu rechnen.

Stellen rückt mit klarem Bewußtsein und ohne viele Worte darüber zu verlieren. Das Meer steht auf der Höhe seiner Schlatenartefakt, für ungeschönte Mänder sorgen die Nationalität, die Schwarzen und für die Bewilligung des Budgets ein klare Abstriche duldendes Parlament. Die Verlierer bröhen am der Kiste die Fähigkeit zu verhoffen. Mittlerweile zum am zu verhoffen. Das Meer steht auf der Höhe seiner Schlatenartefakt, für ungeschönte Mänder sorgen die Nationalität, die Schwarzen und für die Bewilligung des Budgets ein klare Abstriche duldendes Parlament. Die Verlierer bröhen am der Kiste die Fähigkeit zu verhoffen. Mittlerweile zum am zu verhoffen.

Satte ein Maler Grund zur Aufrechterhaltung, als ihm der Reich der Vertragenwurf in die Hände fiel. Die historische Präsidentschaft ist sich auf einen Punkt, der vermeintlich die Rechte der öffentlichen Stellung Frankreichs, wie er durch den Vertrag hineintrifft wurde, umgeben. ...

Russisch-polnischer Zwiespalt.

Der Atonenstausch zwischen der Sowjet- und der polnischen Regierung, betreffend die Unterdrückung von Minderheiten in Polen, ist durch eine Note Schiffsreisen abgeschlossen. In dieser Note erklärt die Sowjetregierung, daß sie die Nichtantwort der begründeten Anschuldigungen seitens der polnischen Regierung als Verletzung des Art. 7 des Rigaer Vertrages betrachte und gegen das Vorgehen der polnischen Regierung auf das Entschiedenste protestiere. ...

Wir werden unser Bestes tun, um eine Entspannung unserer Beziehungen mit der Tschechoslowakei herbeizuführen. Aber die Ausbrüche, Erneuerung der Nahrungverträge und die Umwälze für ausgereifte Gewerkschaften ist nicht bestimmtes fauchen, denn es die liegen am Quap d'Orsay durchgeleitet hat. ...

Band in Band mit der reinen Militärpolitik. Die letzten sind die sich durch ein kluges Kompromiss mit England über nur eine Art von Jubelreden, dafür aber freie Hand gegen Griechenland in der Dohotomene fahre. ...

Das ist ein Maler Grund zur Aufrechterhaltung, als ihm der Reich der Vertragenwurf in die Hände fiel. Die historische Präsidentschaft ist sich auf einen Punkt, der vermeintlich die Rechte der öffentlichen Stellung Frankreichs, wie er durch den Vertrag hineintrifft wurde, umgeben. ...

Taunna der kommunistischen Internationalen.

Aus Moskau wird gemeldet, daß dort die erweiterte Exekutive der kommunistischen Internationalen ihre Vorbereitungen eröffnete. Die Taunna wird ungefähr in 14 Tagen stattfinden. ...

Wir werden unser Bestes tun, um eine Entspannung unserer Beziehungen mit der Tschechoslowakei herbeizuführen. Aber die Ausbrüche, Erneuerung der Nahrungverträge und die Umwälze für ausgereifte Gewerkschaften ist nicht bestimmtes fauchen, denn es die liegen am Quap d'Orsay durchgeleitet hat. ...

Sozialistische Politik.

Sozialistische Politik. ...

Italien hat einen Führer gefunden, der erst das Volk zusammenbrachte und dann zur Außenpolitik überging. ...

Ihr Mund

versteht die Höflichkeit ...

französische Volk ein Manifest erlassen, er werde den Kampf um die Verträge für die Republik für Frankreich wieder aufnehmen. ...

Das östliche Ergebnis der Tagung: Vertagung.

Am 11. Juni begann der Rößerbundstag seine 2. Tagung. Was die durch den Rößerbundstag diesmal zu behandelnden ...

Die edlen „Continental“-Schlen und Abätze im Spezial-Geschäft Gumm-Bieder, Gr. Steinstrasse 81 (Nähe Markt).

Dom Völkerverbund.

Am 11. Juni begann der Rößerbundstag seine 2. Tagung. Was die durch den Rößerbundstag diesmal zu behandelnden ...

20. Kapitel.

Monats waren hingekommen in den nimmer rührenden Strom der Zeit. ...

Die ganze Natur ringt um ein glückliches Gelingen.

Die ganze Natur ringt um ein glückliches Gelingen, in Schindeln nach dem Weibchen der lebendigen Wesen. ...

berante, das ganze pitante Geschick

berante, das ganze pitante Geschick ...

Das Glück der Ingrid Wendland.

frernes Glodengedächtnis bis herab zu dem jungen Paar — Ingrid, die sich mit beunruhigender Kraft anrecht hielt, blühte wie im Traum ...

